

INFORMATIONEN

Aquinostraße 7-11 • 50670 Köln • Telefon: 0221/972 69-20 • Fax: 02 21/972 69-31
 info@grundrechtekomitee.de • www.grundrechtekomitee.de

Der Kampf um Menschenrechte darf nicht aufgegeben werden

- 30 Jahre Grundrechtekomitee -

■ **Vom 24.9. bis 26.9.2010 fand in Berlin-Wannsee die Jahrestagung des Komitees für Grundrechte und Demokratie zu dem etwas sperrig formulierten Thema „Der Kampf um Menschenrechte im Zeitalter kapitalistisch entfesselter Globalisierung – seine Ambivalenzen, Grenzen und Perspektiven“ statt.**

Ja, es gibt sie noch die streitbaren und aufrechten Frauen und Männer des Komitees, manchmal etwas älter, aber mit aufrechtem Gang wie eh und je.

Menschenrechtsaktivisten aus der ganzen Bundesrepublik hatten sich im Bildungs- und Begegnungszentrum Clara Sahlberg von ver.di. versammelt, um die Aktualität der Menschenrechte, ihre Gefährdung und ihre politische Bedeutung zu diskutieren.

Das Komitee, gegründet 1980 aus der politischen Diskussion um die Berufsverbote in der BRD und als Folge des Russell-Tribunals zur Situation der Grundrechte in der BRD, speziell zu den Berufsverboten, publiziert zu Menschenrechtsthemen und beobachtet die Situation der Menschenrechte in Deutschland, aber auch im ehemaligen Jugoslawien, in Israel und in Afghanistan. Immer war das aktive Eintreten für die Menschenrechte begleitet durch eine Friedenspolitik. Dabei spielen theoretische Schriften eine genauso

große Rolle wie konkrete Aktionen, wie Beobachtungen während Demonstrationen oder die Aktion Ferien vom Krieg, in der es Kindern aus Kriegsgebieten wie im ehemaligen Jugoslawien oder in Palästina ermöglicht wurde, mit anderen Kindern gemeinsam in ihrem Land ein paar Wochen ihre geschundenen Seelen zu erholen und neue andere Erfahrungen zu sammeln. Die Arbeit des Komitees wird ausschließlich durch Mitglieds- /Förderbeiträge und Spenden finanziert, getreu dem Satz von Erich Kästner, „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!“. Organisiert ist das Komitee als ein eingetragener gemeinnütziger Verein.

Der Eröffnungsvortrag wurde von einem Mitbegründer und Mann der

ersten Stunde, dem emeritierten Politologen Wolf-Dieter Narr über „Menschenrechte, die wir meinen“ gehalten. Neben der Universalität der Menschenrechte betonte Narr die Bedeutung der Menschenrechte für Verfassung, Politik, Verwaltung



© Dirk Hopper: Jahrestagung 2010; Claudia Lohrenscheid und Albert Scherr

**Spendenkonto
 Komitee für
 Grundrechte und
 Demokratie
 Volksbank Odenwald
 Konto 8 024 618
 BLZ 508 635 13**

Neuordnung der Sicherungsverwahrung konterkariert Resozialisierung

■ Die Bundesregierung hat inzwischen konkrete Eckpunkte für die Neuordnung der Sicherungsverwahrung (SV) vorgelegt. Während die nachträgliche SV gemäß europäischer Rechtsprechung abgeschafft werden muss, soll die vorbehaltene SV nun allerdings erleichtert angeordnet werden können. Auch wird die primäre SV (mit dem Urteil verhängt) nicht auf schwerste Gewalttaten eingegrenzt. Außerdem sollen die aus der SV Entlassenen mit einem neuen Therapie-Gesetz zur Unterbringung von psychisch gestörten Gewalttätern wieder „eingefangen“ werden.

Der Ansatz ist im Kern verfehlt. U.a. haben der Republikanische Anwälten-Verein, RAV, und die Neue Richtervereinigung, NRV, scharfe Kritik vorgetragen. Wie das Komitee fordert auch der RAV die Abschaffung der SV, da es – auch im europäischen Vergleich – „keine empirisch belegte Notwendigkeit für das zeitlich unbegrenzte präventive Wegsperrn von einzelnen vermeintlich gefährlichen Menschen“ gebe. Statt dessen müssen ausreichende Behandlungsangebote im Strafvollzug und eine konstruktive Wiedereingliederungsbetreuung während der Führungsaufsicht nach der Entlassung angeboten werden.

Eine solche Orientierung hilft auch potentiellen Opfern stärker, da wirklich auf Resozialisierung hingearbeitet würde, während eine perspektivlose Verwahrung jegliche Resozialisierung konterkariert. Schon 2005 hatte der „Europäische Ausschuss zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe“ (CPT) in seinem Bericht an die deutsche Regierung auf schwerwiegende Mängel bei der psychologischen und sozialen Betreuung von Sicherungsverwahrten hingewiesen und dringend empfohlen, unverzüglich individuelle Betreuungspläne für alle Betroffenen zu erstellen. Stattdessen wurde in den Anstalten nur weiter „verwahrt“.

◆ *Martin Singe*

und Ökonomie, sie sind der Rahmen und der Maßstab, an dem Politik und politisches Handeln sich messen lassen müssen. Die Menschenrechte sind zwar heute utopisch auch in Deutschland, obwohl sie staatlicherseits ständig als Rechtfertigung im Munde geführt werden, aber als Vorstellung, als Ziel, als soziale Imagination kann man „das Große der Menschenrechte in der täglichen Arbeit kleinarbeiten ...“

In Arbeitsgruppen wurden am zweiten Tag die Asylproblematik, insbesondere das Vorgehen von Frontex, das Menschenrecht auf Gesundheit und Integrität im Hinblick auf entwicklungspolitische Arbeit und die Bedeutung der Menschenrechte in der Auseinandersetzung um soziale Gerechtigkeit und Teilhabe in der Bundesrepublik Deutschland diskutiert. In einem emotionalen und analytisch präzisen Statement am Ende der Jahrestagung betonte der Politologe Narr, dass Krieg prinzipieller Terrorismus sei, dem sich niemand - weder das Militär noch die Zivilbevölkerung - entziehen könne, und dass die Menschenrechte ohne Pazifismus, die

Ablehnung von kollektiver Gewalt, und bedingungsloser Toleranz nicht denkbar seien.

„Krieg entgrenzt die Menschen, macht sie grausam“ und „unter der Maske der Menschenrechte ist wunderbar zu lügen, und die Lüge ist schier global“ – diese Aussagen von Narr fanden ungeteilte Zustimmung unter den Teilnehmern der Jahrestagung.

Auch wenn die Chancen auf Veränderung gering scheinen, ist der aufrechte Gang doch mit Engagement und Energie zu realisieren und - die Hoffnung stirbt zuletzt ...

◆ *Dirk Hoppe*

Dirk Hoppe hat an der Jahrestagung teilgenommen und steht schon lange in Kontakt mit dem Grundrechtekomitee. Er ist Vorsitzender eines eingetragenen Vereins, der über interkulturelle Begegnungen die Menschenrechte fördern und ihnen Geltung verschaffen will.

Ein detaillierter Bericht zur Jahrestagung steht im Internet: <http://www.grundrechtekomitee.de/node/363>

© Martin Singe; Jahrestagung 2010; Kabarett von Peter Grohmann; hier zu Hartz IV, Abendessenatz



Demonstrationsbeobachtung beim Castortransport

Der Redaktionsschluss dieser INFORMATIONEN lag Ende Oktober, so dass die weiteren Entwicklungen noch nicht berücksichtigt werden konnten. Aber auf unserer Homepage finden Sie aktuelle Informationen.

■ **Trotz der ungelösten Fragen um den Atommüll plant die Bundesregierung, eine Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke zu ermöglichen. Am 28.10.2010 sollen die ParlamentarierInnen im Bundestag darüber entscheiden. Das Moratorium auf der Endlagerbaustelle in Gorleben wurde im September 2010 ausgesetzt. Der Salzstock soll wieder auf seine Eignung für hochradioaktive Abfälle untersucht werden. Öffentliche Beteiligungsrechte wurden von Anfang an umgangen, die Bürger und Bürgerinnen sollen entmündigt bleiben. Eine Klage gegen die Aufhebung des Moratoriums ist allerdings eingelegt.**

All diese Entwicklungen empören viele Menschen und treiben sie auf die Straßen. Die Anti-Atomkraftbewegung ist wieder aktiv, bunt und laut geworden. Die Proteste gegen den Transport des Atommülls aus Frankreich nach Gorleben werden

vielfältig werden. Große Sitzblockaden sind angekündigt. Die Aktion „Castor S243 Gruppen & 1.105 Einzelpersonen chottern“ ruft dazu auf, durch „Schottern, also das Wegräumen von Schottersteinen aus dem Gleisbett“, den Castor zu blockieren.

Wieder einmal beginnen Polizei und Politik, vor den gewalttätigen Demonstrationen zu warnen – so z.B. Innenminister Schünemann (die tageszeitung, 22.9.2010). Die Staatsanwaltschaft kündigte an, gegen die Unterzeichner der Aktion „Castor Schottern“ zu ermitteln. Fünf Atomkraftgegner, darunter ein Vorstandsmitglied der Bürgerinitiative, bekamen Ende September Vorladungen zu sogenannten „erkennungsdienstlichen Maßnahmen“. Sie sollten Finger- und Handkantenabdrücke abgeben sowie sich im Portrait und im Detail „zum Vermessen von Tätowierungen und anderen Körpermerkmalen wie z.B. Narben“ fotografieren lassen.

Es gibt also viele Gründe, in diesem Jahr die Demonstrationen gegen den Castortransport im Wendland wieder beobachtend zu begleiten. Wir werden die ganze Zeit mit einer Gruppe von Demonstrationsbeobachtern und -beobachterinnen vor Ort sein und anschließend berichten – auf unserer Homepage werden Sie schnell aktuelle Berichte finden: www.grundrechtkomitee.de

◆ Elke Steven

Identifizierbarkeit von Polizeikräften

■ **In einigen Bundesländern wird erfreulicherweise vermehrt diskutiert, die Kennzeichnung von Polizeibeamten verpflichtend zu machen. So diskutiert der Thüringer Landtag über einen Antrag der FDP, die Identifizierbarkeit von Polizeikräften im Einsatz zu erleichtern. Elke Steven wurde gebeten, für das Grundrechtskomitee eine Stellungnahme zu verfassen (siehe: www.grundrechtkomitee.de).**

Aufgrund unserer Erfahrungen mit den Demonstrationsbeobachtungen ist offensichtlich, dass eine solche Kennzeichnung dringend geboten ist. Das Verhältnis zwischen zu Gewaltanwendungen berechtigter Polizei und Bürgern und Bürgerinnen bleibt jedoch auch dann noch höchst ungleich. Klagen gegen Polizeibeamte sind aus verschiedenen Gründen problematisch – mit Gegenklagen muss man rechnen, den Aussagen von Polizeibeamten wird häufig eher geglaubt und sie belasten sich nicht gegenseitig. Aber Kontrollmöglichkeiten der Angehörigen öffentlich agierender Staatsgewalt stellen eine Minimalbedingung in einer auf Öffentlichkeit, Verantwortlichkeit und Kontrolle angelegten liberalen Demokratie dar. Sonst ist der polizeiliche Einsatz jedenfalls partiell mit dem Odium einer Geheimpolizei versehen. Und dieses Odium verbreiten auch die in ziviler Kluft eingesetzten Polizeibeamten und -beamtinnen, die noch nicht einmal in ihrer Funktion kenntlich sind. Dem Hamburger Abendblatt (18.10.2010) berichtete ein Polizeibeamter anonym: „Ich weiß, dass wir bei brisanten Großdemos verdeckt agierende Beamte, die als taktische Provokateure, als verummumte Steinewerfer fungieren, unter die Demonstranten schleusen. Sie werfen auf Befehl Steine oder Flaschen in Richtung der Polizei, damit die dann mit der Räumung beginnen kann.“ Ein solches Vorgehen ist ein rechtsstaatlicher Skandal und mit Grundrechten und Demokratie unvereinbar.

◆ Elke Steven



Keine Kampfdörfer - Für eine FREIE SENNE!

■ Etwa 50 Friedensbewegte, NaturschützerInnen und AnwohnerInnen trafen sich am 21.9.2010 in Schlangen bei Paderborn, um ihr weiteres Vorgehen gegen den Ausbau neuer Kampfdörfer auf dem von der britischen Armee genutzten Truppenübungsplatz Senne zu besprechen.

Für das Komitee und die Kooperation für den Frieden war ich eingeladen, um über überregionalen Widerstand und mögliche Vernetzung zu berichten. Die neuen Kampfdörfer im Afghanistan-Stil sind fertiggestellt und - um unverwechselbar zu sein - allesamt mit einer Moschee ausgestattet. Kriegstrainings und Häuserkampfübungen sollen intensiviert werden.

Die bei Augustdorf nahe der Senne stationierte Panzerbrigade 21 „Lipperland“ mit 1.800 Einsatzkräften soll ab Februar 2011 im Rahmen des sog. Partnerings mit der afghanischen Armee zusammen offensive Kriegsführung betreiben. Das Komitee hatte diese Brigade bereits 2007 mit einem Verweigerungsauftrag bedacht, als diese die erste deutsche Quick Reaction Force in Afghanistan stellte.

Der Aktionskreis Freie Senne hat nun verstärkten Widerstand angekündigt. Regelmäßige Sonntagsspaziergänge werden stattfinden, eine Vernetzung mit der FREIen HEIDe (inzwischen wirklich frei) und der OFFENen HEIDe (hier übt die Bundeswehr den Afghanistan-Krieg) wird aufgebaut. Die politische Auseinandersetzung soll zugespitzt werden. Überregionale Unterstützung ist willkommen und erwünscht. Die nächste große Aktion wird der Ostermarsch sein. Sehr gute Hintergrundinformationen finden sich auf der Seite: www.initiative-gegen-krieg-paderborn.de

◆ Martin Singe



© Martin Singe: Protest gegen Karrieretreffen der Bundeswehr in Bonn, Sept. 2010

Herzlichen Dank den Spenderinnen der Aktion ‚Ferien vom Krieg‘.

■ Im September ging die letzte Begegnung zwischen jungen Menschen aus Krisengebieten zu Ende. Wir möchten uns, auch im Namen aller 500 TeilnehmerInnen, ganz herzlich bedanken. Ihre Unterstützung bildet die Grundlage unserer Arbeit.

In die bosnische Enklave Neum am Mittelmeer fuhren wieder fast 200 Jugendliche aus den drei Entitäten Bosniens sowie aus Kroatien und Serbien zu friedenspädagogischen Workshops und gemeinsamen Freizeitaktivitäten.

Für besonders aktive TeilnehmerInnen der Vorjahre fand ein Camp bei der noch immer zwischen Kroaten und Bosniaken geteilten Stadt Gornji-Vakuf-Uskoplje statt. Die Durchführung war lange zweifelhaft, da es in den Wochen vorher zwei Bombenanschläge gegeben hatte.

Aus dem südlichen Kosovo fuhren 30 albanische, serbische und Roma-Jugendliche nach Montenegro ans Meer.

Die Begegnungen zwischen ca. 200 jungen Erwachsenen aus Israel und Palästina, darunter einer Frauengruppe, waren wieder sehr schwierig und eindrucksvoll. Ein junger Mann aus Bi'lin, einem Dorf in der Westbank, das durch die wöchentli-

chen, friedlichen Proteste bekannt wurde, war im letzten Jahr auf dem Weg zu den ‚Ferien vom Krieg‘ festgenommen und inhaftiert worden. Dieses Jahr kam er ungehindert nach Deutschland.

Besonders anrührend ist die Geschichte einer Palästinenserin, die als Kind vor einer israelischen Militärkolonne wegrannte, stürzte und dabei ein Auge verlor. Als junges Mädchen litt sie sehr unter der Verunstaltung ihres Gesichts und zog sich zurück. Sie erhielt schon ein paar Tage nach ihrer Ankunft ein künstliches Auge. Zufällig war es ihr 20. Geburtstag, an dem sie zu einer hübschen, selbstbewussten jungen Frau geworden ist.

Die Spendenquittung erhalten Sie zu Beginn des nächsten Jahres. Die Broschüre mit Berichten und Interviews wird im Frühjahr mit dem Spendenaufruf 2011 versandt.

Auf unserer Website sind unter der Rubrik ‚Presseschau‘ schon zahlreiche Zeitungsartikel und Sendungen veröffentlicht. Im Juni erhielt das Projekt ‚Ferien vom Krieg‘ den Julius-Rumpf-Preis der Martin-Niemöller-Stiftung. (siehe: www.ferien-vom-krieg.de)

◆ Helga Dieter